



Einladung

zur Sitzung des Ortsbeirates Mainz-Altstadt am
Dienstag, 26.07.2022, 18:00 Uhr,
Stadthaus Große Bleiche, Konferenzraum 1-4, 5. OG, Löwenhofstr.1 / Große Bleiche 46,
55116 Mainz

Tagesordnung

a) öffentlich

1. Marktfrühstück

Anträge

2. Münsterplatz: City Light Säule entfernen, Hochbeete begrünen - neue Fassung (FDP)
3. Pfandringe am Winterhafen und Rheinufer (DIE LINKE)
4. Krähensichere Papierkörbe installieren (FDP)
5. Große Bleiche aufwerten und verkehrsberuhigt gestalten (FDP)
6. Ausschreibung Bedarfsanalyse öffentlicher Toilettenanlagen (Grüne)
7. Jubiläumsbrunnen (SPD)
8. Einwohnerfragestunde

Anfragen

9. Stromkästen Gutenbergplatz (FDP)
10. Zusätzliche Haltestelle Linie 78 (Grüne)
11. Neuausschreibung Werberechtsvertrag (Grüne)
12. Nachfragen zu Anfrage 0612/2022 (Grüne, FDP, ÖDP)
13. Verkehrssicherungspflicht Malakoff-Terrasse (Grüne)
14. Kindergeburtstag im öffentlichen Raum (SPD)

15. Nachmittagsbetreuung für Grundschulkinder (SPD)
16. Anfragen aus vorherigen Sitzungen
17. Sachstandsberichte
18. Beschlussvorlagen ohne OBr-Beteiligung
19. Mitteilungen und Verschiedenes
20. Stadtteilmittel

b) nicht öffentlich

21. Bau- und Grundstücksangelegenheiten
22. Mitteilungen und Verschiedenes

Mainz, 18.07.2022

gez. Dr. Brian Huck
Ortsvorsteher



Vorlage-Nr. 1089/2022

Antrag zur Ortsbeiratssitzung am 26.07.2022

MARKTFRÜHSTÜCK

Schon vor der coronabedingten Unterbrechung des Marktfrühstücks am Standort Liebfrauenplatz hatte das Marktfrühstück eine Dimension erreicht, die regelmäßig zu erheblichen Beeinträchtigungen für Marktbesucher:innen, Händler:innen, Gastronom:innen und Anwohner:innen führt. Dies war auch in dieser Saison wieder Anlass für deutliche Beschwerden der Betroffenen. Es wird immer offensichtlicher, dass der derzeitige Standort des Marktfrühstücks dem Besucherandrang nicht mehr gewachsen und somit an seine Grenzen gestoßen ist. Der ursprüngliche Charakter des Marktfrühstücks ist damit verloren gegangen. Die Folge ist seine Entgrenzung, d.h. seine Ausweitung in die umliegenden Areale. Im Folgenden sollen die sich aus dieser Entwicklung ergebenden Probleme kurz skizziert werden:

- Der Wochenmarkt auf dem Liebfrauenplatz wird in seinen Funktionen und Abläufen für Marktbesucher:innen und Kund:innen erheblich in Mitleidenschaft gezogen.
- Die umliegenden Geschäftsleute beklagen mittlerweile eine existenzbedrohende Abnahme der Kundenfrequenz gerade an Samstagen, die i.d.R. die umsatzstärksten Handelstage sind. Die offensichtliche Benachteiligung des Handels in dieser Region der Altstadt ist nicht hinnehmbar. Hier wird das Wirtschaftsdezernat seiner Fürsorgepflicht nicht gerecht. Auch die Absperrbänder und der Sicherheitsdienst haben bisher zu wenig Besserung geführt.
- Auch die benachbarte Gastronomie leidet unter der hohen Besucherdichte des Marktfrühstücks und dem damit verbundenen Lärmpegel, vor allem aber unter den teils unbeschreiblichen Zuständen der Wildpinkelei auf ihren Terrassen sowie den Pöbeleien sowohl gegen deren Personal als auch deren Gäste. Touristen werden abgeschreckt und sind häufig fassungslos ob des Treibens. Befürchtet wird inzwischen ein erheblicher Imageschaden für die Stadt.
- Die herrschende Enge auf dem Liebfrauenplatz führt dazu, dass die nahen Grünanlagen zu Auffangflächen für das Marktfrühstück geworden sind und zu einer Verlärmung und Vermüllung dieser Naherholungszonen und der dortigen Wohngebiete führen. Das Vorhaben der Verwaltung, die auf dem Liebfrauenplatz von der Veranstaltungsleitung beauftragten Sicherheitskräfte dafür sorgen



Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
im Ortsbeirat
Mainz-Altstadt

- zu lassen, dass diese Anlagen „nicht unverhältnismäßig intensiv zu Auffangflächen für das Marktfrühstück werden“, halten wir für nicht praktikabel.
- Die von der Verwaltung gesehene Notwendigkeit, Mitarbeiter:innen des Zentralen Vollzugs- und Ermittlungsdienstes der Ordnungsabteilung „verstärkt an der Veranstaltung unter Zurückstellung von anderen Aufgaben“ einzusetzen, kommt einer bewussten Vernachlässigung anderer wichtiger Aufgaben des Ordnungsdienstes gleich und muss angesichts des Einsatzbedarfs in anderen Stadtteilen als unverantwortlich bezeichnet werden.
- Nach wie vor mangelt es an Toilettenkapazität, deren Bereitstellung in den engen Räumen des Liebfrauenplatzes, der Fischtorstraße, Heugasse oder Rotekopfgasse in dem erforderlichen Umfang nur begrenzt möglich ist. Dies führt zu verstärkter Wildpinkelei und wilder Stuhlentleerung z.B. in der kleinen Unterführung in der Grebenstraße, im Einfahrtbereich Parkhaus Erbacher Hof, sowie vor und in privaten Hauseingängen.
- Die „Blockade“ des östlichen Liebfrauenplatzes und der Fischtorstraße behindert im Notfall das schnelle Durchkommen von Rettungsdiensten. Hier vernachlässigt die Verwaltung die Sicherungspflicht, wie sie für Veranstaltungen dieser Größenordnung geboten ist.
- Es ist nicht davon auszugehen, dass die beschriebenen Standortprobleme durch einen zusätzlich verstärkten Einsatz von Sicherheitskräften, der die Tradition des Marktfrühstücks nur noch weiter pervertieren würde, gelöst werden können. Erschwerend hinzu kommt die in Teilen der Besucherschaft (hier seien vor allem die Jungesell:innenabschiede zu nennen) zu beobachtende, durch den gesteigerten Alkoholkonsum potenzierte, negative Gruppendynamik, die die „normalen“ samstäglichen Markt-, Geschäfts- und Gaststättenbesucher:innen sowie die Altstadtbewohner:innen mittlerweile weitgehend von einem Kommen am Samstag Abstand zu nehmen.



Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
im Ortsbeirat
Mainz-Altstadt

Der Ortsbeirat fordert daher die Verwaltung auf, in der nächsten Saison für diese Veranstaltung in Absprache mit allen Beteiligten einen anderen verträglicheren und konfliktfreieren Standort im Bereich des unbewohnten Teils des Rheinufers vorzusehen. Für die laufende Saison erwartet der Ortsbeirat, dass das „Marktfrühstück“ offiziell bereits um 14.00 Uhr mit dem eigentlichen Wochenmarkt beendet wird. Sollte die Rettungswegsituation und die Unzugänglichkeit der angrenzenden Geschäfte, sowie die massiven Belästigungen der Gastronom:innen nicht umgehend abgestellt werden können, ist eine Absage des Marktfrühstücks in dieser Saison dringend geboten.

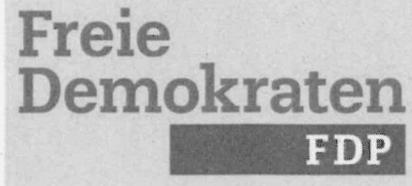
Renate Ammann und Ludwig Julius
Bündnis 90/DIE GRÜNEN



Die FDP im Ortsbeirat Mainz – Altstadt

Dr. Wolfgang Klee

Mainz, den 27.06.2022



Antrag zur Ortsbeiratssitzung am 06.07.22

Münsterplatz: City Light Säule entfernen, Hochbeete begrünen

Nach der Beendigung der Bauarbeiten am Münsterplatz wurde dieser am 25. April 2022 offiziell eingeweiht.

Der Platz bietet nach seinem Umbau ein deutlich besseres Bild als zuvor.

Es wurden zwei neue Hochbeete und runde Holzbänke geschaffen, zusätzliche neue Bäume angepflanzt. Allerdings sind die Hochbeete mit weißen Steinen versehen.

Das Gesamtbild wird außerdem durch eine Litfaßsäule der Firma Ströer erheblich beeinträchtigt.

Die Verwaltung wird gebeten

1. Den Vertrag bezüglich der City Light Säulen mit der Firma Ströer nicht mehr zu verlängern. Das gilt insbesondere auch für die Säulen in der Großen Langgasse.
2. Die Hochbeete zu begrünen statt mit „weißen Schottersteinen“ zu versiegeln
3. Die noch bestehenden Standorte der übrigen City Light Säulen zu überprüfen, ob ein weiterer Bestand sinnvoll ist.

gez. Dr. Wolfgang Klee



City light Säule



Hochbeet mit Steinen

Solidarität erhalten und fördern! – Pfandringe am Winterhafen und Rheinufer

Die vergangenen Wochen haben gezeigt, dass Glassplitter ein bekanntes Problem am Winterhafen darstellen. In welchen Ausmaßen, zu welcher Zeit und von welchen Personen diese produziert werden, ließ und lässt sich dabei nie eindeutig klären. Neben der deutlichen Absage gegen die geplante Gefahrenabwehrverordnung gegen Glasbruch und dem Irrsinn der Einschränkungen der Besucher:innen des Winterhafens wurde auch klar: Es gibt keine Alternativen in Form von Einschränkungen oder Reglementierungen, um dem Glasbruch zu vermeiden.

Wer sich länger als einen kurzen Moment am Winterhafen aufhält, kennt die Bereitschaft von Menschen, am Winterhafen Pfandflaschen bedürftigen Menschen zur Verfügung zu stellen und wie viele Menschen auf diese Bereitschaft leider angewiesen sind, ob jung oder alt.

Deshalb ist es Gewohnheit geworden Pfandflaschen aus jeglichem Material neben Mülleimer zu stellen, um sammelnden Menschen die Möglichkeit zu geben diese nicht aus den überfüllten Behältnissen suchen zu müssen, und sich möglicherweise an Müllresten zu verletzen.

Um diese solidarische Geste nicht durch willkürliche Verbote zu unterbinden und offensichtliche Nöte der Gesellschaft noch weiter zu verstärken, sollte die Stadt mit Förderungen agieren. **Das Glasproblem des Winterhafens liegt nicht an der Rücksichtslosigkeit der Besucher:innen. Es besteht darin, dass es keine adäquate Möglichkeit gibt Pfandflaschen anderen Menschen zur Verfügung zu stellen**, ohne dass diese im Anschluss in der Dunkelheit unabsichtlich, durch Wind oder Tiere, als auch durch einige wenige Randalierende zu Glassplittern verarbeitet werden.

Lassen Sie uns Hilfsbereitschaft fördern und den Zustand am Winterhafen für alle Menschen, die diesen bereits seit Jahren nutzen, neugestalten, statt ihn ins Negative zu reglementieren, ohne dass dabei ein ersichtlicher Mehrwert entsteht.

So lassen sich Reinigungskosten vermeiden, Sicherheitskräfte und unverhältnismäßige Schichten werden gespart als auch eine bereits bestehende rücksichtsvolle, unterstützende und lang bestehende Kultur der Winterhafenbesucher:innen aufrecht erhalten und gefördert.

TOP...

DIE LINKE.

DIE LINKE. Ortsgruppe Altstadt
altstadt@dielinke-mz.de
Mandatsträger Giacomo Focke

Daher möge der Ortsbeirat beschließen:

1. Auf dem Gelände des Winterhafens sollen an Mülleimern oder Laternenmasten Pfandringe installiert werden, die das Abstellen von Pfandflaschen ohne Verwendung des Fußbodens/Gehweg ermöglichen. Die installierten Pfandringe sollen in der Summe etwa die Kapazität für mindestens 50 Glaspfandflaschen entlang der Grünfläche ermöglichen.
2. Entlang des Rheinuferes zwischen dem Winterhafen bis zur Höhe Kaisertor sollen ebenfalls an Mülleimern oder Laternenmasten Pfandringe installiert werden, um den Fußboden/Gehweg frei von Flaschen zu halten und Glasbrüche zu vermeiden.

DIE LINKE.
Giacomo Antonio Focke

30.05.2022

Die FDP im Ortsbeirat Mainz – Altstadt

Dr. Wolfgang Klee

Mainz, den 28.06.2022

**Antrag zur Sitzung Ortsbeirats Mainz-Altstadt am
06.07.22****Krähensichere Papierkörbe installieren**

Saatkrähen (lat. *Corvus frugilegus*) gehören zu den Rabenvögeln und sind nach § 10 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) besonders geschützt. Ferner stehen sie unter dem Schutz der EG-Vogelschutzrichtlinie. Nach § 42 Abs.1 BNatSchG ist es verboten, Saatkrähen nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen, zu töten oder ihre Nist- und Brutstätten zu beschädigen oder zu zerstören. Was aber tun, wenn Saatkrähen in der Stadt überhandnehmen und regelmäßig den Müll aus den öffentlichen Mülleimern verteilen?

Begründung

In der Altstadt befinden sich noch zahlreiche Papierkörbe, die nicht krähensicher sind. Dies führt dazu, dass die Tiere nachts die Papierkörbe auf der Suche nach Futter ausräumen und morgens der Abfall auf Wiesen und Wegen herumliegt. Abhilfe kann mit krähensicheren Papierkörben (wie sie z.B. auf dem Bahnhofsvorplatz zu finden sind, geschaffen werden. Ihre Installation kann ein Beitrag zur Verbesserung der Sauberkeit und Hygiene im Stadtteil sein.

Die Verwaltung wird gebeten,

im Ortsteil Altstadt die alten Papierkörbe durch krähensichere Körbe zu ersetzen

Insbesondere an Spielplätzen und in Parks sollen die bisherigen Abfallbehälter durch eine krähensichere Variante ersetzt werden

Die FDP im Ortsbeirat Mainz – Altstadt

Dr. Wolfgang Klee

Mainz, den 17.07.2022



Antrag für die Ortsbeiratssitzung am 26.07.2022

Große Bleiche aufwerten und verkehrsberuhigt gestalten

Der Bereich der Großen Bleiche zwischen Klarastraße.-Heidelbergerfaßgasse und Große Langgasse Gärtnergasse liegt im Herzen von Mainz und ist von vielen Vehrkehrsteilnehmern wie Krafftfahrzeuge, Busverkehr Fußgängern und Fahrradfahrer stark frequentiert. Die Große Bleiche ist derzeit zum größten Teil eine Durchgangsstraße_ (es gibt lediglich die Notwendigkeit der Andienung im Quellverkehr östlicher Bereich ab Klarastraße bis Löwenhofstraße) Der Quellverkehr für die Heidelbergerfaßgasse und Klarastraße ist zügiger von der Bauhofstraße durch die östliche Große Bleiche andienbar

Eine verkehrsberuhigte Zone würde das Stadtbild besonders attraktiv machen, ähnlich der Ludwigstraße Ein weiterer Grund ist aber auch die künftige Gestaltung des Binger Schlag, aus dem der Verkehrsdruck herausgenommen werden sollte. Die dort vorgesehene Zeit Insel für den ÖPNV blockiert auch den gesamten ÖPNV über den Münsterplatz hinweg.

Um das Vorhaben Binger Schlag reibungslos zu realisieren, ist die Umgestaltung des Bereiches Große Bleiche von Umbach bis Klarastraße unabdingbar und stellt gleichzeitig eine Hebung der gesamten Fußgänger Achse von der Neustadt über die Neubrunnenstraße bis in die Altstadt dar. Die Käuferströme von der Neustadt in die Altstadt könnten verbessert werden. Beide Gebiete wären dann besser bequem zu Fuß und Fahrrad erreichbar sein.

Damit würde auch ein wichtiger Betrag zur Klimaneutralität und Verkehrsberuhigung geleistet werden,

Es wird beantragt:

1. Den Bereich der Großen Bleiche zwischen Klarastraße-Heidelbergerfaßgasse und Große Langgasse- Gärtnergasse aufzuwerten, eine verkehrsberuhigte Zone einzurichten als Fußgängerzone auszuweisen, mit der Möglichkeit für Bewohner diesen Bereich mit einem Krafftfahrzeug zu befahren.
2. Dem gesamten ÖPMV (auch einer evtl. zukünftigen Straßenbahn) das reibungslose Befahren dieser Stecke zu gewährleisten.
3. Fahrradfahren dort zu erlauben

gez. Dr. Wolfgang Klee



Vorlage-Nr. 1090/2022

Antrag zur Ortsbeiratssitzung am 26.07.2022

AUSSCHREIBUNG BEDARFSANALYSE ÖFFENTLICHER TOILETTENANLAGEN IN MAINZ

Laut Beschlussvorlage 0723/2022 vom 23.06.22 beantragt die Verwaltung die Vergabe einer Bedarfsanalyse der öffentlichen Toilettenanlagen in Mainz sowie der Erstellung einer Konzeption für ein einheitliches Erscheinungsbild und Qualitätsstandards für diese Toilettenanlagen durch ein externes Planungsbüro. Diesen Beschluss begrüßen wir ausdrücklich als überfällig, wenngleich wir bedauern, dass bei der externen Vergabe einmal mehr augenfällig wird, dass die Personalsituation in der Verwaltung so schlecht ist, dass auch dieser Auftrag, wie so viele andere, nicht aus eigener Kraft der Stadt geleistet werden kann.

Die Berichterstattung der letzten Monate (um nicht zu sagen der letzten Jahre) in der lokalen Presse zeigt die besondere Dringlichkeit der Verbesserung der Anzahl und Qualität der öffentlichen Toiletten in Mainz. Nicht zuletzt die Exzesse der Wildpinkelei bei allen größeren Innenstadtfesten in der Mainzer Altstadt zeigen deutlich, dass es hier einen großen Fehlbedarf gibt. Zuletzt besonders gravierend beim Johannisfest sowie beim sommerlich wöchentlichen Mainzer Marktfrühstück.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Der Ortsbeirat möge daher beschließen:

Bei der Ausschreibung o.g. Vergabe ist besonders zu berücksichtigen:

1. Bei der Bedarfsanalyse in der Altstadt die fehlenden WC-Anlagen am Rheinufer zwischen Rathaus und Winterhafen, die unzureichende Zahl im und um den Bereich Markt/Dom.
2. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass es eine ausreichende Zahl behindertengerechter WCs gibt.
3. Bei den Qualitätsstandards ist auf vandalismusunanfällige und hygienisch möglichst selbstreinigende Einrichtung sowie auf ausreichende Belüftungsmöglichkeit zu achten.
4. Bei der Optik sollte möglichst umfangreiche Begrünung von Wand und Dach, bzw. beim Dach auch Solarpanels berücksichtigt werden.
5. Bzgl. Logo sollte auf die allgegenwärtigen, aber häufig unnötigen Anglizismen verzichtet werden (also nicht „City Toilet“, sondern z.B. Meenzer Klohäuschen o.ä., die Beteiligung der AltstädterInnen bei der Logofindung wäre sicherlich auch gut für die Werbung und Akzeptanz)



Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
im Ortsbeirat
Mainz-Altstadt

6. Die Ausschilderung in der Altstadt sollte einheitlich, gut sichtbar und vor allem deutlich erhöht werden, auch die Einzeichnung in den Stadtplänen muss sichergestellt werden. Es sollte geprüft werden, ob eine App eingerichtet werden kann, die alle öffentlichen WCs, auch die in Gaststätten, aufzeigt (siehe Wiesbaden).

Renate Ammann
Bündnis 90/ DIE GRÜNEN



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
Fraktion im Ortsbeirat Mainz-Altstadt

TOP

Vorlage-Nr. 1092/2022

Jubiläumsbrunnen: Ein Neubau muss Verbesserungen bringen

Antrag zur Ortsbeiratssitzung am 26. Juli 2022

Hintergrund

Der Jubiläumsbrunnen am Ernst-Ludwig-Platz wurde 1962 eingeweiht anlässlich der 2000-Jahr-Feier der Stadt Mainz. Seit über 10 Jahren ist er nicht mehr in Betrieb. Vor vier Jahren hieß es in einer Antwort der Stadtverwaltung auf die Anfrage 1364/2018 der CDU: „Der Jubiläumsbrunnen befindet sich in einem nicht mehr verkehrssicheren Zustand. Die Betonbecken sind teils undicht und defekt, die Wassertechnik samt Leitungen ist veraltet und ebenfalls undicht. Eine Reparatur bzw. Instandsetzung ist wirtschaftlich nicht möglich. Alternativ müsste der Brunnen in seiner Gestaltung sowie der kompletten technischen Anlage vollständig neu aufgebaut werden.“ Die damals geschätzten Kosten für einen Neubau in Höhe von 300.000 Euro seien nicht finanzierbar.

Großteile der Bevölkerung sehen den Brunnen kritisch und wünschten sich eine Neugestaltung der gesamten Anlage: mehr Bäume, weniger Versiegelung, weniger Waschbeton, mehr Wasserspielplatz, kurz: mehr Aufenthaltsqualität. Doch laut Allgemeiner Zeitung vom 1. Juli 2022 vertritt die Landesdenkmalpflege die Meinung, dass der Brunnen nach einem Abriss wiederherzustellen sei. „Für den kommenden Doppelhaushalt 2023/24 wurden durch das Grün- und Umweltamt von Dezernentin Janina Steinkrüger (Grüne) Planungskosten zum Neubau des Brunnes angemeldet.“ Zugleich wird 2023 eine umfassende Bürgerbeteiligung zur Gestaltung des Schlossviertels durchgeführt („Forum Regierungsviertel“ oder besser „Forum Schlossviertel“). Der Ernst-Ludwig-Platz wird hierbei eine zentrale Rolle einnehmen.

Beschluss

1. Der Ortsbeirat Altstadt spricht sich dafür aus, dass die Planung für den Neubau des Jubiläumsbrunnens erst nach Abschluss der Bürgerbeteiligung („Forum Schlossviertel“) beginnt.
2. Wir wünschen uns weniger Versiegelung auf dem Platz, auch in der direkten Umgebung des Brunnens.
3. Bei der Entscheidung über einen Neubau (Rekonstruktion oder Neugestaltung) müssen alle öffentlichen Belange Berücksichtigung finden. Hierbei spielt insbesondere die Sicherheit spielender Kinder eine entscheidende Rolle. Das Entstehen von Dreckecken ist zu vermeiden, Pflege und Reinigung der Anlage müssen leichter werden.
4. Aus all diesen Gründen ist auf eine Aufständigung einzelner Brunnenelemente zu verzichten.
5. Ebenso empfehlen wir, eine Alternative zum Waschbeton zu finden.

Begründung

Zu 1) Der Stadt Mainz steht es frei, von der Äußerung der Landesdenkmalpflege abzuweichen, wenn andere öffentliche Belange jene des Denkmalschutzes überwiegen. Dies gilt erst recht in Fällen, in

denen sich ein Erhalt des Originals nicht gewährleisten lässt. Wir erwarten durch die Bürgerbeteiligung viele gute Anregungen, die vielleicht auch Auswirkungen auf den Brunnen haben könnten und umsetzbar wären. Wenn ein kleiner Teilbereich vor dem großen Ganzen geplant wird, setzt man sich dem Vorwurf einer „Briefmarkenplanung“ aus. Wir möchten nicht, dass Fakten vor der Bürgerbeteiligung geschaffen werden. Dass für die Planung des Brunnens schon jetzt Mittel im Haushalt 2023/24 angemeldet werden, finden wir richtig.

Zu 3 bis 5) Befürworter(innen) des Brunnens verweisen darauf, dass der Brunnen (als er noch funktionstüchtig war) attraktiv für Kinder war. Richtig ist, dass die Altstadt mehr Brunnen und mehr Spielmöglichkeiten braucht. Der Ortsbeirat Altstadt hat schon vielfach Wasserspielplätze angeregt, z. B. am Schloss oder am Ludwig-Lindenschmit-Forum. Zur Kinderfreundlichkeit gehört jedoch zwingend die Unfallvermeidung. Die Aufständerung sowie der Waschbeton mit seinen scharfen Kanten sind unnötige Unfallquellen. Zudem entwickeln sich die Stellen unter den Ständern schnell zu Dreckecken, weil sie kaum zu reinigen sind: Hier liegt Müll aller Art, darunter viele Scherben, und es riecht nach Urin. Der Waschbeton erschwert die Hygiene zusätzlich. Dies ist ein wesentlicher Grund dafür, dass der Brunnen heute in Großteilen der Bevölkerung keine Akzeptanz findet. Neben der Gestaltung und Funktionalität sind Reinigung und Pflege die wichtigsten Faktoren, damit Menschen eine Anlage als „schön“ wahrnehmen und sich dort gerne aufhalten. Ein Neubau ist hierfür die Chance.

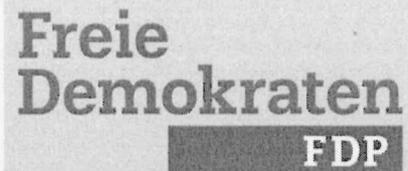
Ilona Mende-Daum, SPD-Fraktion

18. Juli 2022

Die FDP im Ortsbeirat Mainz – Altstadt

Dr. Wolfgang Klee

Mainz, den 17.07.2022



Vorlage-Nr. ~~1085/2022~~

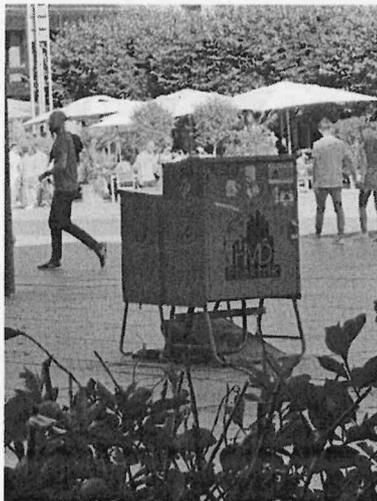
Anfrage zur Sitzung des Ortsbeirats Mainz-Altstadt am 26.07.22

Stromkästen auf dem Gutenbergplatz

Auf dem Gutenbergplatz stehen mehrere orangefarbene Stromkästen der Firma HMD Elektrik, die offensichtlich der Stromversorgung an Fastnacht und bei der Johannisnacht dienen. Als Dauereinrichtung tragen diese Kästen allerdings nicht zur Verschönerung des Stadtbildes bei.

Frage an die Verwaltung:

1. Ist beabsichtigt, die Stromkästen dauerhaft auf dem Gutenbergplatz zu belassen? Wenn ja, warum?
2. Ist eine ständige Platzierung mit der Stadtbild- und Denkmalpflege abgestimmt worden?
3. Entrichtet die Betreiberfirma Standgebühren? Fallen Kosten für die Stadt Mainz (evtl. Mietkosten) an?





Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
im Ortsbeirat
Mainz-Altstadt

Vorlage-Nr. 1086/2022

Anfrage zur Ortsbeiratssitzung am 26. Juli 2022

Zusätzliche Haltestelle für Linie 78

Mit Beschluss 0408/2010 forderte der Ortsbeirat die Einrichtung einer zusätzlichen Haltestelle in der Gaustraße zwischen Ölgasse und Am Stefansberg. Im unmittelbaren Umfeld ist eine hohe Wohnbevölkerungsdichte und es befinden sich dort zahlreiche Geschäfte und Gastronomiebetriebe, jedoch ist die Entfernung zwischen der Haltestelle Schillerstraße und der Haltestelle Am Gautor für die Innenstadtlage ungewöhnlich weit. Mit Sachstandsbericht 1029/2010 erklärte die Verwaltung, dass auf Grund des „extrem hohen Verschleiß[es] der Schienen beim Abbremsen und Anfahren“ der Straßenbahnen die „MVG derzeit keine Neueinrichtung einer Haltestelle“ beabsichtige.

Inzwischen ist eine neue Buslinie eingerichtet worden, die Linie 78, die vom Höfchen kommend aus der Ludwigsstraße am Schillerplatz in die Gaustraße biegt, und erst wieder an der Haltestelle Am Gautor hält. Wenn diese Busse auf halber Höhe halten würden, wäre nicht mit dem Verschleiß der Schienen zu rechnen, und die vom Sachstandsbericht konstatierte „Verbesserung der Erschließung“ (auch von der touristisch oft aufgesuchten Stephanskirche) könnte doch noch realisiert werden.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Wäre eine Haltestelle für den Omnibusverkehr an dieser Stelle eine Möglichkeit dem Wunsch des Ortsbeirats, der im Beschluss 0408/2010 zum Ausdruck kommt, zu entsprechen? Wie schätzt die Verwaltung die Akzeptanz und Nutzungsintensität einer Haltestelle an dieser Stelle ein?
2. Ist mit der Einrichtung einer Haltestelle an dieser Stelle zu rechnen? Falls nein, warum nicht? Falls ja, wann?

Viviane Coppess

Bündnis 90/DIE GRÜNEN



Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
im Ortsbeirat
Mainz-Altstadt

Vorlage-Nr. 1087/2022

Anfrage zur Ortsbeiratssitzung am 26. Juli 2022 Neuausschreibung Werberechtsvertrag

In der Antwort zur Anfrage 1046/2022 schreibt die Verwaltung: „Eine Vertragsverlängerung mit der DSM ist aus vergaberechtlichen Gründen nicht möglich, so dass ein neuer Werberechtsvertrag ausgeschrieben werden muss.“ Es ist gehäuft vorgekommen, dass der bestehende Vertrag Anlass zur Kritik in diesem aber auch in mehreren anderen Ortsbeiräten geworden ist. Sowohl die Anzahl als auch die konkreten Standorte werden als störend, häufig auch als gefährlich für die Verkehrssicherheit und als teilweise massive Behinderung des Fuß- und Radverkehrs (vor allem für RollstuhlfahrerInnen, Menschen mit Rollatoren und Kinderwagen) eingestuft, und die fehlende Beteiligung von städtischen Gremien und Ortsbeiräten an der Standortfindung sorgt in der Politik für Ärger. Im „Masterplan 100% Klimaschutz“ wird die „werbefreie Stadt“ vorgeschlagen (vor allem aus Gründen der Lichtverschmutzung bzgl. Tier-/Insektenschutz); die Werbeanlagen verursachen zudem laut Presseberichten einen sehr hohen Energieverbrauch.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Beabsichtigt die Verwaltung, einen neuen Werberechtsvertrag auszuschreiben? Falls ja, warum? Welche Zeitschiene ist für die Entwicklung der Ausschreibung vorgesehen? Welche Gremien werden wann daran beteiligt?
2. Falls eine neue Ausschreibung von der Verwaltung geplant ist: wird diese vorsehen, dass Ortsbeiräte an der Anzahl und an der Auswahl der konkreten Standorte im jeweiligen Ortsbezirk beteiligt werden? Falls nein, warum nicht? Welche Wertschätzung für die beratende Funktion der Ortsbeiräte und ihre Detailkenntnisse vor Ort wird durch verweigerte Beteiligung vermittelt?
3. Wie wird der Mehrwert einer werbefreien (oder werbeärmeren) Innenstadt bei der Entwicklung der Ausschreibung berücksichtigt? Welche Rolle spielt die politische Bewertung, dass die Abwesenheit von Werbeanlagen in Fußgängerzonen und auf Fußwegen sowohl aus Gründen der Wertschätzung des flüssigen Fußverkehrs, als auch im Hinblick auf Aspekte des schöneren Stadtbilds, als auch für die Realisierung der Klimaziele und Reduktion des Energieverbrauchs sehr positiv zu bewerten sind, bei den Vorbereitungen der Verwaltung für eine Neuausschreibung? Wie werden diese Aspekte gegenüber dem potentiellen Entgelt, das von einer Werbefirma an die Stadt bezahlt wird, das aber damit zu höheren Zahlungen an andere Kommunen im kommunalen Finanzausgleich führt, abgewogen?
4. Wie ist die Formulierung der Verwaltung, dass ein neuer Werberechtsvertrag ausgeschrieben werden „muss“, zu verstehen? Bestünde nicht auch die Möglichkeit, gar keinen neuen Werberechtsvertrag abzuschließen, um das Maß an Werbung im öffentlichen Straßenraum drastisch zu reduzieren und der Maßnahme „Werbefreie Stadt“ gemäß Masterplan Klimaschutz Rechnung zu tragen? Gäbe es nicht auch die Alternative, einen Werbevertrag abzuschließen, der nur Haltestellenvorrichtungen vorsieht, aber keine CityLightPosters, CityLightSäulen, Road-Side-Screens, Mega-Lights, etc?

Renate Ammann
Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Unbeantwortete Fragen

Gemeinsame Anfrage von GRÜNEN, FDP und ÖDP zur Ortsbeiratssitzung am 26. Juli 2022

Mit Anfrage 0612/2022 fragten unter anderen die unten stehenden Parteien „Welche Änderungen der Gefahrenabwehrverordnung wurden erwogen?“ und „Warum wurden die erwogenen Änderungen zur Vorlage nicht vorgenommen?“. Mit sieben Wochen Verspätung zur Antwortfrist bestätigte die Verwaltung die Prämisse der Anfrage, dass „über mögliche Änderungen diskutiert“ wurde, und dass entschieden wurde, „die Vorlage [...] ohne Änderungen in den Gremienlauf zu bringen.“ Das war jedoch keine Antwort auf die gestellten Fragen.

Deshalb fragen wir nach:

1. Über wie viele mögliche Änderungen wurde diskutiert, und welche waren diese?
2. Mit welcher Begründung wurden diese Änderungen nicht vorgenommen?
3. Wenn ohnehin keine Antwort auf diese beiden Fragen gegeben wurde, warum konnte die Verwaltung nicht fristgerecht zur Sitzung am 18. Mai einer Antwort ausweichen, sondern hat zusätzlich weitere sieben Wochen für das Umschiffen der Fragen gebraucht?

Renate Ammann, Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Dr. Wolfgang Klee, FDP

Christiane Drescher, ödp

Vorlage-Nr. 1088/2022



Vorlage-Nr. 1091/2022

Anfrage zur Ortsbeiratssitzung am 26. Juli 2022

Verkehrssicherungspflicht Malakoff-Terrasse

Im Bereich der Malakoff-Terrasse vor dem derzeitigen Bauzaun vor dem Restaurant Beviarno in Richtung Winterhafen macht sich einmal mehr die problematische „Gemengelage“ bzgl. Unklarheit, was öffentliche und was nichtöffentliche Fläche ist, deutlich. Hier geht sehr viel Fuß- und Radverkehr in Richtung Winterhafen besonders an den Wochenenden durch. Außerdem bilden sich bei schönem Wetter häufig lange Menschengängen vor dem N'Eis Laden.

Seit einiger Zeit gibt es hier ein größeres Areal, das von einem Bauzaun umgeben ist, ohne dass erkennbar wird, was bzw. ob hier eigentlich gebaut wird (siehe Foto). Durch diesen Bauzaun ergeben sich gefährliche Engpässe für RadfahrerInnen und FußgängerInnen mit regelrechten Staus (siehe Fotos). Ortsunkundige können darüber hinaus nicht gut erkennen, dass man nicht links von der Holzbank in Richtung Winterhafen mit dem Fahrrad durchfahren kann, da sich hier Stufen befinden. Dadurch ist eine veritable Unfallgefahr vorhanden.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Wer ist hier für die Verkehrssicherungspflicht zuständig? Es ist vor Ort nicht erkennbar, wo hier genau die Grenze zwischen privater und öffentlicher Fläche verläuft.
2. Wird die Verwaltung umgehend dafür Sorge tragen, dass es für den Fuß- und Radverkehr in diesem Bereich trotz „Baustelle“ (?) ausreichend Platz und Ausweichmöglichkeit gibt? Falls nein, warum nicht? Wie bewertet die Verwaltung die Verkehrssituation an dieser Stelle?
3. Ist der Bauzaun genehmigungspflichtig und falls ja, wurde er genehmigt und mit welchen Auflagen? Falls nein, warum nicht? Gibt es zeitliche Begrenzungen, ab wann die gespannten Werbebanner als genehmigungspflichtige Werbeanlage gelten? Sind Werbeanlagen an dieser Stelle in dieser Größe zulässig?
4. Welche Verpflichtungen hat die private Grundeigentümerin, die Begehbarkeit bzw. Befahrbarkeit der Fläche für die Öffentlichkeit bereit zu halten, und inwieweit stellt die Einzäunung eine Verletzung des im Grundbuch vermutlich eingetragenen Wegerechts zugunsten der Öffentlichkeit dar?









SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
Fraktion im Ortsbeirat Mainz-Altstadt

TOP

Vorlage-Nr. 1093/2022

Kindergeburtstag im öffentlichen Raum

Anfrage zur Ortsbeiratssitzung am 26. Juli 2022

Die wenigsten Altstädterinnen und Altstädter verfügen über einen Garten. Eine sommerliche Party im eigenen Grundstück ist daher für uns nicht möglich. Nach Auffassung der SPD-Fraktion muss es jedoch erlaubt sein, z. B. einen Kindergeburtstag auf einer öffentlichen Grünfläche durchzuführen. Selbstverständlich ist dabei Rücksicht auf die Anwohnerschaft und andere Nutzerinnen und Nutzer zu nehmen sowie die Grünfläche zu schonen.

Gemäß einem Telefonat mit dem Grün- und Umweltamt im April ist es jedoch in keiner öffentlichen Grünfläche (einschließlich Grillplätzen) erlaubt, Tische/Bänke, einen Pavillon, ein Planschbecken oder eine kleine Hüpfburg aufzustellen. Zugleich ist festzustellen, dass z. B. im Volkspark große private Grillfeste stattfinden, jeweils mit mehreren Pavillons auf Hunderten Quadratmetern Wiese, ohne dass dies seitens des Ordnungsamts beanstandet wird. Wir meinen, dass die Politik Rahmenbedingungen festlegen sollte, um auf bestimmten öffentlichen Flächen *legal* kleine private Feiern wie z. B. Kindergeburtstage zu ermöglichen. Daher möchten wir hiermit die geltenden Regelungen noch einmal schriftlich erfragen.

Wir fragen deshalb die Verwaltung:

1. Inwiefern darf auf öffentlichen Grünflächen in Mainz eine private Feier, z. B. ein Kindergeburtstag, durchgeführt werden. Gibt es Unterschiede zwischen der Altstadt und anderen Stadtteilen oder zwischen unterschiedlichen Arten von Grünflächen? Wie ist die Regelung auf Spielplätzen?
2. Welche Rechtsgrundlagen (kommunal oder übergeordnet) sind hierfür relevant?
3. Wo dürfen Altstädterinnen und Altstädter in überschaubarem Umfang Tische/Bänke, einen Pavillon, ein Planschbecken oder eine kleine Hüpfburg aufstellen?
4. Auf welcher öffentlichen Grünfläche (inklusive Spielplatz oder Grillplatz) in der Altstadt oder in näherer Umgebung ist es möglich, einen Strom- oder Wasseranschluss zu nutzen?
5. Wann sind Nutzungen wie in den vorigen Punkten beschrieben (sofern erlaubt und möglich) anzumelden? Wann und ggf. in welcher Höhe sind Gebühren hierfür zu entrichten?

Andreas Behringer, Sprecher SPD-Fraktion

18. Juli 2022



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
Fraktion im Ortsbeirat Mainz-Altstadt

Vorlage-Nr. 1094/2022

Nachmittagsbetreuung für Grundschul Kinder: Ein zusätzliches Angebot in der Altstadt?

Anfrage zur Ortsbeiratssitzung am 26. Juli 2022

Die Grundschul Kinder der Altstadt benötigen mehr Plätze für die Nachmittagsbetreuung. Die Eisgrubschule – künftig die einzige Grundschule in unserem Stadtteil – hat sich nicht für ein schulisches Ganztagsangebot entschieden. Nach Schulschluss (um 12 oder 13 Uhr) wird die Nachmittagsbetreuung dankenswerterweise durch den Förderverein, der ehrenamtlich von Eltern getragen wird, organisiert. Hier stehen 57 Plätze bis 14 bzw. 16 Uhr zur Verfügung. Ferner bietet die städtische Kindertagesstätte Zeughausgasse Hortplätze, deren Zahl vor wenigen Jahren von 30 auf 40 erhöht wurde. Dennoch stehen in der Altstadt weit weniger Plätze für die Nachmittagsbetreuung zur Verfügung als in den anderen Stadtteilen. Der Bedarf der Altstadt-Familien kann nicht gedeckt werden.

Daher hat die Altstadt-SPD das Gespräch mit mehreren Trägern sozialer Einrichtungen gesucht, um die Notwendigkeit bekannt zu machen und Ideen auszutauschen. Seit einem Termin mit dem Bistum Mainz im Januar und Gesprächen mit der Stadtverwaltung entwickelt sich die konkrete Chance, eine zusätzliche Nachmittagsbetreuung für Grundschul Kinder in der Altstadt zu etablieren. Es zeichnet sich eine sehr gute Lösung am Standort Martinusschule in der Weißliliengasse ab, die gut für die Kinder der Eisgrubschule erreichbar ist und weit mehr als Räumlichkeiten bietet.

Wir fragen deshalb die Verwaltung:

1. Wie ist der Stand der Gespräche zwischen Bistum und Stadt? Ist die Verwaltung optimistisch, dass die Altstadt bald eine zusätzliche Nachmittagsbetreuung für Grundschul Kinder erhalten wird?
2. Wer ist als Träger der Einrichtung vorgesehen? Wird sie grundsätzlich allen Kindern der Altstadt offenstehen oder wird ein bestimmtes konfessionelles Bekenntnis vorausgesetzt?
3. Wie viele Plätze werden voraussichtlich ab welchem Datum und zu welchen Uhrzeiten angeboten werden können?
4. Wird die Einrichtung tatsächlich in der Martinusschule sein und besteht die Möglichkeit, die dort bereits vorhandene Mensa mitzunutzen?
5. Wird die Einrichtung voraussichtlich sogar über pädagogische Fachkräfte (z. B. Erzieherinnen oder Erzieher) verfügen können?
6. Wie werden die Eltern über das neue Angebot informiert?
Wie kann der Ortsbeirat dabei unterstützen?

Andreas Behringer, Sprecher SPD-Fraktion

18. Juli 2022



Antwort zum Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Ortsbeirates Mainz-Altstadt am 18.05.2022

Punkt 19

Maria-Einsmann-Platz, Parken und Begrünung
Vorlage:0661/2022

Es wird wie folgt Stellung genommen:

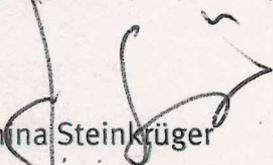
Herr Dr. Klee fragt nach Möglichkeiten zu verhindern, dass Fahrzeuge mit einer der zahlreichen allgemeinen Ausnahmeerlaubnisse den Platz beparken, zumal sie durch Kontrollen des Amtes 31 nicht sanktioniert werden können.

Der Maria-Einsmann-Platz wurde als Aufenthaltsort und als Orientierungspunkt auf dem Weg zwischen Schillerplatz und Citymeile konzipiert, dessen Gestaltung Bezug auf die in der Umgebung befindenen Gestaltungselemente nimmt.

Dem hohen gestalterischen Anspruch einer fußläufigen Innenstadt-Verbindung soll durch einheitlichen und ansprechenden Bodenbelag Rechnung getragen werden. Aus diesem Grund ist ein Wechsel des Bodenbelags z.B. durch Rasengittersteine gestalterisch nicht gewünscht. Zudem sind Rasengitter nicht barrierefrei.

Bei mehreren Ortsbesichtigungen durch die Straßenverkehrsbehörde konnte kein Fahrzeug mit einer Ausnahmegenehmigung bei dem Parken auf dem Maria-Einsmann-Platz beobachtet werden. Üblicherweise werden Ausnahmen zum Parken innerhalb der Fußgängerzonen nur für dringende Reparaturarbeiten und an Handwerksbetriebe, die dort kurzfristige Arbeiten ausführen müssen erteilt, so dass es keiner weiteren zusätzlichen Maßnahme bedarf, um den Platz von parkenden Fahrzeugen frei zu halten.

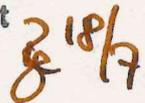
Mainz, 12.7.2022


Janina Steinkrüger
Beigeordnete



Landeshauptstadt
Mainz

10-Hauptamt
im Auftrag



Ö 17.1

TOP

Landeshauptstadt
Mainz

Stadtverwaltung Mainz | Dezernat VI | Postfach 3820 | 55028 Mainz

Ortsverwaltung Mainz-Altstadt
Herrn Ortsvorsteher Dr. Brian Huck
- über 10-Hauptamt -Landeshauptstadt
Mainz10-Hauptamt
im Auftrag

28.6/7

Beigeordnete
Marianne Grosse
Dezernentin für Bauen,
Denkmalpflege und KulturPostfach 3820
55028 Mainz
Zitadelle | Gebäude CAnsprechperson
Frau Nücken-Calvi
Tel 06131/12-3926
Fax 06131/12-3056
andrea.nuecken-
calvi@stadt.mainz.de

www.mainz.de

Mainz, 28.06.2022

Erhaltungssatzung Neubrunnenbad und Umgebung; Antrag Nr. 1269/2021 der Ortsbeiratsfraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Aktenzeichen: 61.26 - Alt 239

Sehr geehrter Herr Ortsvorsteher Dr. Huck,

in der Sitzung vom 14.09.2021 beschloss der Ortsbeirat Mainz-Altstadt den o. g. Antrag zur Erhaltungssatzung Neubrunnenbad und Umgebung. Dieser Antrag folgt den beiden Stellungnahmen der Stadtverwaltung zu dem Antrag Nr. 1383/2020 und der Anfrage Nr. 1448/2020.

Bedauerlicherweise konnte mein Dezernat die Angelegenheit bis dato noch nicht abschließend klären, da noch immer die Einschätzung der Generaldirektion Kulturelles Erbe fehlt. Zurzeit nehmen dort Vollzugsanfragen einen großen zeitlichen Rahmen ein. Hinzu kommen Aufgaben der Inventarisierung im Überflutungsgebiet Ahrtal. Wir können daher leider nicht abschätzen, wann mit einer abschließenden Antwort gerechnet werden kann.

Zur Frage der möglichen Mittel einer Erhaltungssatzung in diesem Gebiet möchte ich auf die bereits in der Stellungnahme vom 19.07.2021 gemachten Ausführungen verweisen.

Mit freundlichen Grüßen

Marianne Grosse

Buslinien
Eisgrubweg: 70 | 71
Am Gautor: 50 | 52 | 53 | 78
Bahnhof Mainz/Römisches Theater: 64 | 65 | 66 | 93Sparkasse Mainz
IBAN: DE56 5505 0120 0000 0003 31
Swift-Bic: MALADE51MNZInformation zur Verwendung
Ihrer Daten:
www.mainz.de/dsgvo.



Beschlussvorlage für Ausschüsse

öffentlich	Datum	Drucksache Nr.
Amt/Aktenzeichen 60/2 65 21 03	01.07.2022	0958/2022
		TOP

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Altstadt	Kenntnisnahme	06.07.2022	Ö

Betreff:

Sachstandsbericht zum Antrag Nr. 0652/2022 (SPD), Ortsbeirat Mainz-Altstadt
hier: Neutorschule und Hochschulareal

Mainz, 04.07.2022

gez.
Marianne Grosse
Beigeordnete

Die Liegenschaftsverwaltung hat hinsichtlich des Objektes Fachhochschule, Holzstraße 36/ Rheinstraße 10 eine Beschlussvorlage für den Ankauf vorbereitet. Die städtischen Gremien werden in den Julisitzungen (Stadtrat 20.07.2022) mit dieser Angelegenheit befasst.

Für den Bereich Archäologisches Zentrum Mainz/Neutorschule dauern die Verhandlungen mit dem Land Rheinland-Pfalz für die Übertragung der Grundstücksflächen noch an. Diese Verhandlungen werden mit der diesem Projekt angemessenen Priorität geführt, um auch hier schnellstmöglich zu einem abschließenden Ergebnis zu kommen.

Da die Stadt Mainz bislang noch keine Eigentümerin der entsprechenden Grundstücksflächen ist, können derzeit noch keine Planungen aufgenommen werden. Sobald die Neutorschule wieder im Eigentum der Stadt Mainz ist, wird die Gebäudewirtschaft Mainz umgehend die Planungen aufnehmen. Für die Erstellung von Ablaufplänen ist es aufgrund der derzeit noch ungeklärten Eigentumsverhältnisse zu früh, um eine konkrete Aussage zu treffen.

Bei dem neuen Ludwig-Lindenschmit-Forum handelt es sich um eine Liegenschaft im Eigentum des Landes Rheinland-Pfalz. Die Beauftragung der Landschaftsarchitekten Bittkau-Bartfelder sowie die Finanzierung und Betreuung der Planung und der Baumaßnahme erfolgten durch das Land Rheinland-Pfalz, vertreten durch den Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB).

Im Rahmen einer Ämterkoordinierung wurden von den städtischen Vertreterinnen und Vertretern zahlreiche Anregungen und Änderungswünsche, darunter eine zusätzliche Begrünung, Spielgeräte etc. geäußert. Die Entscheidung über die Anregungen wurde durch den LBB getroffen.



Beschlussvorlage für Ausschüsse

öffentlich
Amt/Aktenzeichen IV/

Drucksache Nr. 0977/2022
Datum 04.07.2022
TOP

Behandlung in der Verwaltungsbesprechung am			
Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Altstadt	Kenntnisnahme	06.07.2022	Ö

<p>Betreff: Spielmöglichkeiten für Kinder am Allianzhaus <u>Hier:</u> Antrag 0650/2022 SPD</p>
<p>Mainz, 05.07.2022 gez. Dr. Eckart Lensch Beigeordneter</p>

Beschlussvorschlag:

Der Ortsbeirat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

- 1. Der weitgehend ungenutzte Parkplatz am Allianzhaus soll Spielfläche werden. Ohne größere Baumaßnahmen soll die gepflasterte Fläche z. T. mit Sand aufgefüllt, mit Kleingeräten und Bänken (für die Eltern) bestückt und durch Zaunelemente (evtl. auch mit Pflanzen in Kübelementen) gesichert werden.**

Der Parkplatzbereich am Allianzhaus ist im Besitz der Mainzer Aufbaugesellschaft mbH und wird von ihr verwaltet. Die Stellplätze sind alle an naheliegende Geschäfte und Betriebe vermietet und stehen für die Nutzung als Spielfläche nicht zur Verfügung.

Kinder und Jugendliche des Allianzhauses können die Spiel- und Sportfläche im Außengelände des Kinder-, Jugend- und Kulturzentrums Haus der Jugend nutzen, welches in der direkten Nachbarschaft liegt. Während den Öffnungszeiten haben die Kinder und Jugendliche dort zudem die Möglichkeit, ihre Freizeit unter pädagogischer Begleitung, u. a. im Offenen Bereich, zu gestalten. Die Grünflächen und der Spielplatz des Ernst-Ludwig-Platzes können ebenfalls genutzt werden.

Im Allianzhaus selbst finden für die Kinder und Jugendliche wöchentlich folgende Angebote statt: Kinderturnen und Bewegungsspiele der Initiative Aktive Lebenswelten, Kunsttherapie, Deutschkurs für Kinder und Jugendliche und Malkurse.

- 2. Die vorhandenen Spielangebote auf dem Ernst-Ludwig-Platz sollen erweitert werden. Hierbei geht es nicht um eine umfassende, aufwändige Neuplanung, schließlich soll das Areal ja Teil des Schlossparks werden; vielmehr ist hier und jetzt eine pragmatische, kurzfristige Lösung gefragt, z. B. durch das Aufstellen von Toren zum Ballspielen oder die Anschaffung einer Sport- und Spielebox.**

Die Angebote auf den Spielplätzen in Mainz werden in einem regelmäßigen Turnus seitens der Stadtverwaltung begutachtet. Dabei werden Möglichkeiten einer Erweiterung oder Neuerung der Spielgeräte geprüft. Mobile Gerätschaften oder freizugängliches Spielzeug - wie im Antrag vorgeschlagen - können vor Ort nicht unbeaufsichtigt und ungesichert zur Verfügung gestellt werden. Vielmehr wird auf das offene Spielangebot des Kinder-, Jugend- und Kulturzentrums Haus der Jugend hingewiesen.

- 3. Am Skaterpark am Rheinufer sind notwendige Reparaturen bzw. Ausbesserungen jetzt durchzuführen. Die schon lange diskutierte Sanierung und Modernisierung der Anlage ist voranzutreiben.**

Die Stadtverwaltung prüft derzeit Möglichkeiten zur Sanierung od. Modernisierung des Skatparks am Rheinufer.